

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer: 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgegeben werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die sieben mageren Jahre.

Leipzig, 2. Januar.

Die Krisis, die zur Zeit die europäischen Industrieländer heim sucht, wird am wenigsten in England verspürt, wenn gleich auch dort die Zahl der Arbeitslosen nicht gering ist. In Frankreich äußert sich der industrielle Niedergang schon schärfer und die Arbeitslosen haben daselbst an einzelnen Orten demonstriert. In Deutschland und in Oesterreich-Ungarn sind die Wirkungen der Krisis am schmerzlichsten zu verspüren. In Deutschland, wo die Arbeiter am meisten politisch geschult sind, hat man die Arbeitslosigkeit und den Notstand überhaupt in den Parlamenten und den Gemeindevertretungen zur Sprache gebracht und von den Behörden Notstandsarbeiten verlangt, von weiteren Demonstrationen, mit Ausnahme von Versammlungen, hat man kühnere Vorläufe abgesehen. In Budapest veranstalteten die Arbeitslosen eine große Demonstration, bei der es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Ohne die letztere wäre die Demonstration wahrscheinlich ganz ruhig verlaufen; an die gefährlichen und verlogenen Berichte der Bourgeoispresse glauben wir nicht. Indessen lag die Gefahr sehr nahe, daß von dem kleinkalibrigen Gewehr Gebrauch gemacht wurde. Man kam in dieser Hinsicht nicht genug warnen. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß der Massenstaat auf die Demonstrationen brotloser Arbeiter mit blauen Bohnen antwortet, und es ist gut, wenn die Arbeiter sich nicht provozieren lassen. Denn eine Meuterei würde nicht nur ganz unnötig Arbeiterblut kosten, sondern könnte auch sonst noch die Arbeiter in Gefahr bringen.

In den parlamentarischen Körperschaften Deutschlands hat man den Umfang der Arbeitslosigkeit, wie er von den sozialdemokratischen Volksvertretern behauptet worden, meist gelehnet. Und doch stützen sich die Sozialdemokraten auf die Erhebungen der Gewerkschaften, die in diesem Punkte doch ganz unzweifelhaft besser unterrichtet sind, als die Regierungen. Woher haben diese überhaupt ihre Informationen? Ein Beispiel, wie und woher sie dieselben beziehen, hat bekanntlich Herr v. Bötticher gegeben, der als Oberpräsident der Provinz Sachsen in einer von ihm einberufenen Versammlung von Behörden und Arbeitgeber einfach konstatierte, daß in Notstand nicht vorhanden sei, wogegen sogar die Arbeitgeber energischen Einspruch erhoben. Später fand es Herr v. Bötticher, infolge der lebhaften Angriffe der Presse, allerdings für gut, auch noch mit einem Arbeiter zu konferieren.

Bei den Verhandlungen in den Parlamenten bekamen die Arbeiter von einzelnen Bourgeois und Bureaukraten noch Schmähungen zu hören, denn gewissen Leuten ist es überhaupt lässig, wenn von der Not der Massen gesprochen wird, und sie lassen dann ihren Unmut an den Opfern der Krisis aus. Ein solcher Tiefstand der Gemüther offenbart sich auch in den Betrachtungen, wie im voraus über die Interpellation der Sozialdemokraten im Reichstage an-

gestellt werden. Wir wissen sehr genau, daß Tausende und Zehntausende von Arbeitern sich an die Hoffnung klammern, es werde vielleicht gelingen, die Reichsregierung zu thatkräftigem Eingreifen zu bewegen. In bürgerlichen Blättern dagegen steht zu lesen, daß es der Sozialdemokratie „lebenswichtig“ um die Beruhigung und Aufreizung der Massen zu thun sei. Diese freche Verleumdung, die von einem servilen und ehrlosen „Zeitungsgezwister“ überall hin ausgestreut wird, wird noch überboten durch die Besorgnis, das Reich möchte wirklich etwas gegen den Notstand thun. Dieselben Blätter, deren Gesinnungsgenossen im Reichstage Hunderte von Millionen für Flotten- und Weltpolitik bewilligt haben, gebärden sich nun, als könne man vom Reiche gar nichts verlangen, daselbe könne nicht unmittelbar eingreifen, wie die Einzelstaaten u. s. w. u. s. w. Und wenn man an die Einzelstaaten geht, so heißt es, ein „eigentlicher Notstand“ sei nicht vorhanden!

So verbinden sich der böse Wille der herrschenden Klassen und das Widerstreben des Massenstaats, um eine energische Aktion zu Gunsten der von der Krisis heimgesuchten Bevölkerung zu verhindern.

Wesentlichen kann freilich der Massenstaat die industrielle Krisis nicht. Ohnedies ist die „industrielle Reservearmee“ eine Einrichtung, die der Kapitalismus gar nicht entbehren kann. Sie drückt auf die Löhne und hat sich in den Zeiten des „Aufschwungs“, während der sieben letzten Jahre, so trefflich bewährt, daß ein namhaftes Steigen der Löhne fast nirgends zu bemerken war.

Dagegen werden wieder vordringende Maßregeln diskutiert. Man spricht vom „Recht auf Arbeit“ und greift auf die Bestimmungen des „Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung“ von 1884 davon sprach, der Arbeiter müsse ein Recht auf Arbeit haben, und dazu das preussische Landrecht heranzog. Damals wurde dies von mancher Seite ernst genommen; heute weiß man, daß es nur eine demagogische Redewendung war, bestimmt, den Arbeitern einen imaginären Trost für die Gärten des Sozialistengesetzes zu gewähren. Man überlegte die Phrase Bismarcks in ein „Recht auf Arbeitshaus“ und nicht mit Unrecht.

Die Forderung des „Rechts auf Arbeit“ ist heute praktisch und kritisch überwinden. Die historische gewordenen praktischen Versuche, namentlich im Jahre 1848, zeigen, daß der Massenstaat ein wirkliches Recht auf Arbeit weder gewähren will noch kann. In einer sozialistischen Produktionsform löst sich diese Frage von selbst; im Kapitalismus wird stets Argwohn und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herrschen, wenn sich auch einzelne neue Formen dabei aufstufen sollten.

Mehr als vom „Recht auf Arbeit“ spricht man von der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Die bürgerliche Presse behauptet, daß dieselbe von allen Seiten „mit wärmstem Interesse“ gewünscht, aber zugleich auch für undurchführbar erklärt wird. Das ist wiederum demagogische Heuchelei, denn es ist bekannt, daß sehr viele Elemente in den bürgerlichen Parteien eine solche Ver-

sicherung eben nicht wünschen. Die Stumm und Ge-nossen haben bekanntlich seiner Zeit behauptet, alle sozial-politischen Gesetze kämen nur der Sozialdemokratie zu gute. Andere Großindustrielle haben sich beklagt, daß die Kosten, welche die Versicherungsgesetze der Großindustrie auferlegten, dieselbe dem Ausland gegenüber konkurrenz-unfähig machten! Und erst die Haltung der Junker, wenn man von Schug für die ländliche Arbeiterbevölkerung spricht! In der badischen Kammer sprach ein agrarischer Abgeordneter den Satz aus, die Arbeitslosenversicherung sei so viel wie Faulenzerversicherung! Diefen Gemütsmenschen hat wenigstens aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht, aber er hat nur ausgesprochen, was Tausende unter den herrschenden Klassen denken, die sich stellen, als seien sie auch für Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Ja, ja — „liebet die Brüder!“

Die bürgerliche Demokratie, die sich „sozial“ nennt und „Sozialpolitik“ mit wirklichem Sozialismus verwechselt, thut sich viel darauf zu gut, daß sie für die Arbeitslosenversicherung eintritt. Sie thut dies aber nur sehr zaghaft und bleibt auf halbem Wege stehen, indem sie die Versicherung nur fakultativ eingerichtet haben und sie den Kommunen überweisen will. Besonders ernst ist es diesen Leuten damit so wenig wie mit dem Normalarbeitsstag, den sie in ihrem Programm haben. Sie machen nur unwillig inurend solche Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung.

Die praktischen Versuche mit der Arbeitslosenversicherung haben keine ermutigenden Resultate geliefert. Aber es ist durchaus an der Zeit, die Sache zu diskutieren; die Sozialdemokratie würde gut thun, der Frage näher zu treten, als bisher, um einen festen Standpunkt zu gewinnen. Unfreier Meinung nach liegt der springende Punkt der Angelegenheit in der Aufbringung der Kosten. Will man sie ganz oder teilweise dem Arbeiter aufbürden, oder soll die bürgerliche Gesellschaft, deren Einrichtungen die Arbeitslosigkeit verschulden, in ihrer Gesamtheit dafür haften, daß der unverschuldet arbeitslos gewordene Proletarier nicht verhungert?

Wir sind — unbeschadet anderer Meinungen — im Prinzip für die letztere Auffassung.

Ist man sich in diesem Punkte klar, so findet sich auch die äußere Form.

Aber wir sind keine Optimisten. Der Massenstaat und seine Gesetzgebung werden in diesem Punkte stets nur Pufferarbeit leisten.

Zimmerhin aber könnte viel geschehen, um die Arbeitslosigkeit von Staats wegen für den Moment zu bekämpfen — wenn man nur ernstlich wollte.

Politische Uebersicht.

Unharmonisches aus dem Dreibundkonzerte.
Die Diplomaten halten auf Toilette und machen alle Moden mit. Nach vor ein paar Jahren leiteten sie sich in bescheidene Nebenwürdigkeit und christliche Friedfertigkeit; es gab

der Nacht, seinen Blick und seine Gedanken und all sein Sehnen nicht auf die Welt und auf das, was von der Welt ist, richtet, sondern auf das Eine, Unfassbare und Unfassliche: daß das Leben hienieden nur ein ewiger Tod, der Tod selber aber die Schwelle des ewigen Lebens ist.

Ja, so lebte und lehrte man dazumal. Jetzt war es anders geworden.

Es ist dies nicht so zu verstehen, als wenn die Stadt besonders „gottlos“ geworden wäre. Keineswegs! An Sonn- und Feiertagen sah man noch immer in den alten geschmückten Kirchenstühlen in der Kirche der weißen Schwestern und lauschte andachtsvoll den Worten des Geistlichen und den Tönen der Orgel. Man bezahlte ohne Murren seine Steuern und seinen Rechten an die weltliche und an die geistliche, von Gott eingesetzte Obrigkeit. Man gab den Armen einen Kupferdreier und ein Paar Scheiben Schmalzbrod, wenn sie der Hilfe würdig waren. Und zur Weihnachtszeit strickte die alte Stadt wollene Jacken und warme Unterhosen für die zerkümpften Kinder auf der Straße.

Aber — und darin liege der Unterschied zwischen einst und jetzt, sagten die Moralisten — man that dies alles: das Kirchengehen, das Schmalzbrodverteilen an die Armen, das Bezahlen der Steuern und des Rechten, das Stricken von Jacken und Jacken, nicht, weil man es mußte, von einem inneren, unwillkürlichen Drang getrieben. — Man that es, weil die Nachbarn es thaten.

Denn die Stadt war klein. Die Straßen eng und schmal. Man sah einander in die Stuben, roch gegenseitig das Mittagessen.

Und es lag ja kein erdenklicher Grund vor, weshalb Frau Lassen nicht am Dienstag mit Rückenbraten und roter Wäsche traktieren sollte, wenn sich Frau Heilbuth schon am Sonnabend mit diesen Leckereien wichtig gemacht hatte!

Es war Sonnabend, Scheuer- und Putztag. Die Uhr am Kirchthurm schlug sieben, und der Straßenlärm hatte noch nicht begonnen.

Aber durch die ganze Stadt lief ein unaufhörliches Schwärmen und Rühren von Dienstmägden, die in ihren flatternden baumwollenen Kleidern dastanden und sich mit der einen Hand am Fensterposten festhielten, während sie mit der anderen die feuchten Brantweinlappen über die Fenster Scheiben hin und her bewegten, um sie klitz-blant zu machen.

„Wo bleibt denn nur der kleine Thumfen?“ rief die lange Engeline, die auf Konful Märchs Wohnstübchenfenster im ersten Stockwerk lossiedelte, so daß es klug wie Vogelgezwitscher.

„Es muß wohl erst trocken angezogen werden!“ brummte Telephonleiters fette Nifke, von einem anderen Fenster herab. Sie hatte eine Stimme, als spreche sie durch ein Drainagerohr.

Engeline freischte vor Sachen und mußte sich mit beiden Händen an dem Fensterposten festklammern, um nicht herabzustürzen.

„Was sagt Nifke? Was sagt sie? Macht Nifke Wihe?“ erscholl es rings umher.

„Sie jaht, Thummelumsen kriegt erst frische Windeln an!“

Senilleton.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.
Eingig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Die Stadt liegt am Fjord. Und von den Spazierwegen, die um die Hintergärten herumlaufen, hat man über das Wasser hinweg eine Aussicht auf ferne Hügel, Wälder und Gehöfte.

Es ist eine alte Stadt und eine liebe Stadt mit vielen kleinen, wunderlichen Häusern, sonderbaren Straßennamen und winkligen Gassen und Straßen.

Und mitten in der Stadt auf einem Hügel liegt die Kirche, groß und weiß, mit bunten Fenster Scheiben und Zackigen Giebeln.

Sie heißt „die Kirche der weißen Schwestern“. Und ihren Namen hat sie aus der Zeit, als die Stadt katholisch war und hinter ihren kiesbedeckten Wällen Klöster und Stiftungen und fromme Schulen barg, wo die Söhne und Töchter der Bürger unter Psalmengesang und Weib-tauch lernten, daß das Leben hienieden nur eine Wanderung in Gebet und Ennsagung sein soll; eine Reise durch Waldesdickicht, an drohenden Abgründen entlang, wo bei jedem Schritt, den man thut, Tausende von Gefahren auf einen lauern. Und wo man das Ziel nur dann mit heiser Haut und ohne zu straucheln erreicht, wenn man von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, ja selbst in

1007 * 126